



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

55. Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

### Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate<sup>1)</sup>

Bericht 410

Berlin, den 30. Juli 1914

Heute habe ich endlich den Reichskanzler gesehen. Er hatte mich schon wiederholt bestellt gehabt, war aber bisher jedesmal verhindert worden, mich zu empfangen.

Er beauftragte mich, Sr. M. dem König zu melden, dass er seit zwei Tagen mehrere Briefe und Telegramme angefangen habe, um darin Sr. M. die Lage zu schildern, dass aber jedesmal vor der Fertigstellung eine Änderung der Lage eingetreten sei, die den begonnenen Bericht vollständig überholt hätte.

Über die heutige Lage könne er mir folgendes mitteilen:

Deutschland habe es übernommen, mit einer Vermittlungsaktion einzusetzen. Er — der Kanzler — habe dem Wiener Kabinett den Rat erteilt, in Petersburg zu erklären, dass Österreich-Ungarn mit seiner Aktion gegen Serbien keine Territorialerwerbung anstrebe und auch nicht beabsichtige, den Besitzstand Serbiens zu tangieren, dass es sich vielmehr nur um eine temporäre Besetzung serbischer Gebietsteile handle zu dem Zweck, von Serbien Garantien für künftiges Wohlverhalten zu erzwingen, da auf die blossen mündlichen wie schriftlichen Erklärungen der serbischen Regierung nichts zu geben sei.

Er habe in Wien geltend gemacht, dass es darauf ankomme, Russland ins Unrecht zu setzen.

Sir Edward Grey habe in der gleichen Richtung durch ihn — den Reichskanzler — auf Österreich-Ungarn zu wirken versucht und habe sich stark gemacht, wenn Österreich-Ungarn diese Erklärung in Petersburg abgebe, Russland zur Mässigung zu veranlassen.

Ausserdem finde ein Austausch von Telegrammen zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren statt. Die ersten Depeschen, in denen der Zar das Vorgehen Österreichs als ungerechtfertigt hinstellte, und der Kaiser es erklärte, hätten sich gekreuzt.

Vorläufig wäre von Wien noch keine Antwort da. Der Kanzler habe aber heute nacht in energischster Weise dem Wiener Kabinett erklärt, dass Deutschland sich nicht in das Schlepptau der Balkanpolitik Österreichs stellen könne. Für den Fall, dass Österreich zustimmend antworte, gebe der Reichskanzler die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Russland bereits vorgenommene Mobilisierung den russischen

<sup>1)</sup> Nach den Münchener Akten auszugsweise telephonisch nach München übermittelt.

Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, dass man nicht wisse, was bei den getroffenen Massregeln in Russland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Russland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.

Vorläufig sei man in Deutschland, nachdem schon die Beschützung gewisser Kunstbauten (Brücken, Tunnel, Funkspruchanlagen usw.) durch die Polizei verfügt worden sei, dazu übergegangen, auch den militärischen Schutz zu verfügen.

Gegen Deutschland habe Russland noch nicht mobilisiert.

Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt.

Die Haltung von Bulgarien und Rumänien sei unsicher.

England habe keinen Zweifel gelassen, dass, wenn der Krieg ausbreche, es nicht in der Lage sei, ruhig zuzusehen. England werde mit den Ententemächten gehen.

Der Reichskanzler äusserte zum Schluss: Es sei traurig, sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langdauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre, den kein Staat wünsche.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 56

### Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate <sup>1)</sup>

Bericht 414

Berlin, den 30. Juli 1914 <sup>2)</sup>

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich in Ergänzung meiner telegraphischen Meldung von heute Nachstehendes geh. zu berichten:

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, dass kein Anlass gegeben sei, besondere Massnahmen bezüglich der Heimschaffung mittelloser Deutscher aus Frankreich zu treffen.

<sup>1)</sup> Telephonische Mitteilung nach München vorher 7<sup>45</sup> nachm.

<sup>2)</sup> Der Bericht erfolgte auf eine Anfrage, ob die bayerische Vertretung in Paris Gelder für Heimschaffung bayerischer Staatsangehöriger angewiesen erhalten solle.